

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon +41 32 627 20 79

pd@sk.so.ch

EINLADUNG

an die Mitglieder des Solothurner Kantonsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf § 2 des Kantonsratsgesetzes und
im Einvernehmen mit dem Regierungsrat lade ich Sie ein zur

Konstituierenden Session

Dienstag, 6. Mai 2025, 9.30 bis 12.30 Uhr

Mittwoch, 7. Mai 2025, 8.30 bis 11.30 Uhr

Mittwoch, 14. Mai 2025, 8.30 bis 12.30 Uhr

in den Kantonsratssal in Solothurn.

Solothurn, 23. April 2025

Mit freundlichen Grüssen
Staatsschreiber
Andreas Eng

Hinweise

- | | |
|--|-------|
| - Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte (grau unterlegt = spruchreif) | S. 2 |
| - Hängige Parlamentarische Vorstösse (grau unterlegt = spruchreif) | S. 6 |
| - Mitteilungen | S. 40 |
| - Liste der Mitglieder der Ratsleitung und der Mitglieder der Kommissionen | S. 42 |

Präsident: Telefon: 079 519 36 38

Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte

KRG-Nr. Geschäft

(zust. Dept.)

I. Wahlprüfungen und Vereidigungen

SGB 069/2025	Validierung der Kantonsratswahlen vom 9. März 2025	(STK)
V 081/2025	Vereidigung des Kantonsratspräsidenten	(KR)
V 083/2025	Vereidigung der Mitglieder des Kantonsrats	(KR)

II. Wahlen

WG 013/2025	Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Jugendgerichts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 019/2025	Wahl einer Stv.-Oberstaatsanwältin für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 048/2025	Wahl des leitenden Jugendanwalts oder der leitenden Jugendanwältin für den Rest der Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 049/2025	Wahl von drei Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte für den Rest der Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 070/2025	Wahl eines Mitglieds der Kantonalen Schätzungskommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 070/2025	Wahl einer Ersatzrichterin oder eines Ersatzrichters des Steuergerichts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 079/2025	Wahl von fünf provisorischen Stimmenzählern oder Stimmenzählerinnen	(KR)
WG 080/2025	Wahl des Kantonsratspräsidenten für den Rest des Jahres 2025	(KR)
WG 085/2025	Wahl der I. Vizepräsidentin und des II. Vizepräsidenten für den Rest des Jahres 2025	(KR)
WG 086/2025	Wahl von fünf Stimmenzählern oder Stimmenzählerinnen für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 087/2025	Wahl von 15 Mitgliedern der Finanzkommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 088/2025	Wahl von 15 Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 089/2025	Wahl von 15 Mitgliedern der Justizkommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 090/2025	Wahl von 15 Mitgliedern der Bildungs- und Kulturkommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)

WG 091/2025	Wahl von 15 Mitgliedern der Sozial- und Gesundheitskommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 092/2025	Wahl von 15 Mitgliedern der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 093/2025	Wahl von drei Mitgliedern der Redaktionskommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 094/2025	Wahl eines Mitglieds des Oberrheinrats für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 095/2025	Wahl von zwei Mitgliedern der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 096/2025	Wahl von drei Mitgliedern der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 097/2025	Wahl von fünf Mitgliedern der Interparlamentarischen Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)

III. Sachgeschäfte, Beschlüsse

PET 050/2025	Petition «Steuerabzug Schulbeiträge»	(KR)
SGB 051/2025	Solothurn, Finanzierungsbeteiligung des Kantons Solothurn am Agglomerationsprojekt «Entwicklung Bahnhof Solothurn Süd»; Bewilligung eines Verpflichtungskredites	(BJD)
SGB 058/2025	Erneuerung der Module Debitoren und Quellensteuer Projekt «NEST.deq» im Steueramt; Bewilligung eines Verpflichtungskredites	(FD)
SGB 099/2025	Neubau «KAPO-Stützpunkt» in Oensingen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites	(BJD)

IV. Rechtsetzungsgeschäfte

RG 025/2025	Bestattung von Sternenkindern; Teilrevision des Sozialgesetzes (SG)	(VWD)
RG 098/2025	Umsetzung der Massnahme Gde_VWD_05 «Kürzung des STAF-Ausgleichs in den Jahren 2026/2027» des Massnahmenplans 2024; Teilrevision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (FILAG EG)	(VWD)

V. Verordnungsvetos, Vernehmlassungen

VI. Volksaufträge

VA 108/2024 (FD)

Volksauftrag «Steuerliche Entlastung der Alleinstehenden und Verwitweten mit kleinem und mittlerem Einkommen»

Der Kantonsrat von Solothurn wird beauftragt, die übermässige steuerliche Mehrbelastung von Alleinstehenden und Verwitweten mit kleinem und mittlerem Einkommen gegenüber den Verheirateten spätestens auf Beginn der Steuerperiode 2026 in angemessener Art und Weise zu beseitigen.

Begründung (21.06.2024): schriftlich.

Unterschriften: Ruedi Fasnacht; insgesamt 133 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 14.01.2025 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 26.02.2025 (schriftlich)

VA 202/2024 (FD)

Volksauftrag «Verantwortung übernehmen – Beitrag leisten!»

Der Kantonsrat des Kantons Solothurn wird aufgefordert, den Artikel 3 «Besoldungen und Zulagen der Mitglieder des Regierungsrates», Absatz 10 «Besoldungen a) des Regierungsrates» der «Verordnung über die Besoldungen und die Arbeitszeit des Staatspersonals und der Lehrkräfte an kantonalen Schulen» (126.51.1) wie folgt anzupassen:

Aktueller Text: Die Grundbesoldung der Mitglieder des Regierungsrates beträgt 208'252 Franken.

Neuer Text: Die Grundbesoldung der Mitglieder des Regierungsrates beträgt 158'252 Franken.

Begründung (26.09.2024): schriftlich

Unterschriften: 1. Lukas Wilhelm; insgesamt 104 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 0238/2024 (DBK)

Volksauftrag «für den Erhalt der Schule für Mode und Gestalten»

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Schule für Mode und Gestalten (SMG) als kantonale Lehrwerkstätte zu erhalten.

Begründung 09.12.2024: schriftlich

Unterschriften: 1. Franziska Aletti-Schmid; insgesamt 1749 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 0254/2024 (VWD)

Volksauftrag «für eine nachhaltige Industriepolitik»

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zu einer Standesinitiative mit folgendem Inhalt vorzulegen:

Der Bund setzt sich ein für eine nationale Industriepolitik, die eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ermöglicht, um den Werkplatz Schweiz namentlich im Bereich der produzierenden Industrie (Sektor 2) langfristig zu erhalten.

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andri Meyer; insgesamt 245 beglaubigte Unterschriften

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VII. Planungsbeschlüsse

VIII. Parlamentarische Initiativen

IX. Aufträge

A 198/2023 (DBK)

Auftrag Nicole Hirt (glp, Grenchen): Religionsunterricht an Solothurner Volksschulen - Trennung von Kirche und Staat (13.09.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Fach Religion analog der dem Bildungsraum Nordwestschweiz angegliederten Kantone (BS, BL und AG) ausgestaltet werden kann.

Begründung 13.09.2023: schriftlich

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Christian Ginsig, 3. Thomas Lüthi, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Janine Eggs, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Daniel Probst, Markus Spielmann, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Marianne Wyss, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: 09.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 23.01.2025 (schriftlich)

A 272/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Ballsporthalle Region Solothurn für Berufsschule und Vereine (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Planung für den Bau von Ballsporthallenkapazitäten für die Berufsschule BBZ Solothurn und Vereine in der Region Solothurn zusammen mit der Stadt Solothurn voranzutreiben und dem Kantonsrat ein entsprechendes Hochbauprojekt zur Verabschiedung vorzulegen. Das Vorhaben soll auch unabhängig vom Projekt der Erneuerung der Kantonsschule Solothurn umgesetzt werden können. Falls der Standortentscheid Kantonsschule auf die Sanierung am bestehenden Standort fällt, dann sollen diese Sporthallenkapazitäten als separates Projekt «Badiparkplatz Weitblick» errichtet werden.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Simon Michel, 2. Michael Ochsenbein, 3. Philipp Heri, Remo Bill, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, Urs Huber, Stefan Hug, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Marco Lupi (11)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 056/2024 (KR)

Auftrag Geschäftsprüfungskommission: Parlamentarische Aufsicht über verselbstständigte Einheiten stärken (27.03.2024)

Die Ratsleitung und – soweit in ihrem Zuständigkeitsbereich liegend – der Regierungsrat werden aufgefordert, die Rechtsgrundlagen dahin gehend anzupassen, dass die Rechenschafts- und Geschäftsberichte aller wichtigen verselbstständigten Organisationen und Unternehmen, insbesondere der Ausgleichskasse des Kantons Solothurn (AKSO), der Solothurner Spitäler AG (soH) und weiteren Beteiligungen der Kategorie A, durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) geprüft werden. Im Rahmen der Behandlung der Geschäftsberichte soll der Regierungsrat zudem Rechenschaft über den Erfüllungsgrad der strategischen Ziele und den Verlauf der Eignerggespräche ablegen.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Stefan Nünlist, 2. Hansueli Wyss, 3. Christof Schauwecker, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Markus Dick, Tobias Fischer, Patrick Friker, David Gerke, Adrian Läng, Georg Lindemann, Marie-Theres Widmer (13)

Stellungnahme RL: 03.09.2024/18.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme RR: 03.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme GPK: 25.02.2025 (schriftlich)

A 060/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Schülerschein für alle (27.03.2024)

Der Regierungsrat stellt sicher, dass sämtliche Schulen der Sekundarstufe I und II einen Schülerschein ausstellen. Nötigenfalls erarbeitet er die rechtliche Grundlage hierfür.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Sarah Schreiber, 3. Michael Kummli, Anna Engeler, Kuno Gasser, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas (9)

Stellungnahme RR: 13.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 080/2024 (VWD)

Auftrag Markus Ammann (SP, Olten): Taxigesetz (08.05.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein «Taxigesetz» zu erlassen, das die grösstmögliche Gleichbehandlung unter den im Kanton Solothurn agierenden Unternehmen mit Taxis und Limousinen erlaubt. Es soll als schlanke und leicht umsetzbare Grundlage für kommunale Taxiordnungen dienen und einen fairen Wettbewerb schaffen.

Begründung 08.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Ammann, 2. Mathias Stricker, 3. Melina Aletti, Matthias Anderegg, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli (14)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 30.01.2025 (schriftlich)

A 081/2024 (DDI)

Auftrag Melina Aletti (junge SP, Olten): Sexuelle Gesundheit fördern (08.05.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Übernahme der Kosten von Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten durch den Kanton für die im Kanton Solothurn wohnhaften Personen unter 30 Jahren zu regeln.

Begründung 08.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Melina Aletti, 2. Angela Petiti, 3. John Steggerda, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Esslinger, Marlene Fischer, David Gerke, Simon Gomm, Philipp Heri,

Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Franziska Rohner, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Matthias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: 24.09.2024 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 11.12.2024 (schriftlich)

A 084/2024 (FD)

Auftrag Christine Rütli (SVP, Balsthal): Kantonsverbundenheit von Beamten und Staatsangestellten mit hoheitlichen und leitenden Aufgaben (15.05.2024)

§ 37 Abs. 1 des Staatspersonalgesetzes sei wie folgt zu ändern: Beamte und Beamtinnen und Staatsangestellte, die hoheitliche oder leitende Aufgaben erfüllen, sind verpflichtet, im Kanton Wohnsitz zu nehmen und ihre Tätigkeit auf kantonalem Hoheitsgebiet auszuüben. Aus wichtigen privaten Gründen kann die Wahlbehörde Ausnahmen bewilligen.

Begründung 15.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christine Rütli, 2. Thomas Wenger, 3. Adrian Läng, Richard Aschberger, Roberto Conti, Markus Dick, Beat Künzli, Philippe Ruf, Silvia Stöckli (9)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 15.01.2025 (schriftlich)

A 091/2024 (DBK)

Auftrag Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Keine Handys, Smartwatches und Ähnliches in der Schule (15.05.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzliche Regelung dahingehend anzupassen und/oder die zuständigen Behörden anzuweisen, dass das Tragen von Natels, Smartwatches und Ähnlichem, von Schülerinnen und Schülern auf Primarstufe (1. und 2. Zyklus) während dem Aufenthalt in der Schule kantonsweit unterbunden wird.

Begründung 15.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Roberto Conti, 3. Andrea Meppiel, Richard Aschberger, Matthias Borner, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Werner Ruchti, Christine Rütli, Thomas Wenger (14)

Stellungnahme RR: 10.09.2024 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 23.01.2025 (schriftlich)

A 110/2024 (VWD)

Auftrag Freddy Kreuchi (FDP.Die Liberalen, Balsthal): Regionale Baukommission ermöglichen (25.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Überarbeitung der massgeblichen Rechtsgrundlagen auszuarbeiten, welche die Einsetzung regionaler (überkommunal) Baukommissionen ermöglicht und die Delegation der baubehördlichen Aufgaben an andere Gemeinden erlaubt.

Begründung 25.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Freddy Kreuchi, 2. Edgar Kupper, 3. Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Hubert Bläsi, Johannes Brons, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Rea Eng-Meister, Thomas Fürst, Kuno Gasser, Fabian Gloor, David Häner, Christian Herzog, Sibylle Jeker, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Christine Rütli, Christian Thalmann, Daniel Urech, Thomas von Arx, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (36)

Stellungnahme RR: 29.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 12.12.2024 (schriftlich)

A 116/2024 (FD)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Ausschreibung von Wahlen (25.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, Wahlen, welche er selbst vornimmt, öffentlich auszuschreiben, falls die Besetzung nicht von Amtes wegen erfolgt.

Begründung 25.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Fabian Gloor, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Kuno Gasser, Michael Grimbichler, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Christine Rütli, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer, André Wyss (24)

Stellungnahme RR: 26.11.2024 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 15.01.2025 (schriftlich)

A 118/2024 (STK)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Totalrevision der Solothurner Kantonsverfassung (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird eingeladen, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit eine Totalrevision der Solothurner Kantonsverfassung eingeleitet werden kann.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. Markus Ammann, 3. Hardy Jäggi, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 119/2024 (BJD)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Deckungsgrad bei ÖV-Linie (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass bei ÖV-Linien, die den minimalen gesetzlichen Deckungsgrad unterschreiten, in begründeten Fällen Ausnahmen möglich sind.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philipp Heri, 2. Urs Huber, 3. Stefan Hug, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (19)

Stellungnahme RR: 02.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 30.01.2025 (schriftlich)

A 120/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Integrieren des Sports in der Departementsbezeichnung des heutigen DBK's (neu DBKS) (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Bezeichnung des Departements für Bildung und Kultur (DBK) so rasch als möglich in Departement für Bildung, Kultur und Sport (DBKS) zu ändern.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philipp Heri, 2. Michael Kummli, 3. Michael Ochsenbein, Melina Aletti, Remo Bill, Hubert Bläsi, Matthias Borner, Markus Dietschi, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, Thomas Giger, Fabian Gloor, Simon Gomm, Christian Herzog, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Kevin Kunz, Edgar Kupper, Adrian Läng, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Angela Petiti, Martin Rufer, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, André Wyss, Nicole Wyss (40)

Stellungnahme RR: 09.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 12.03.2025 (schriftlich)

A 122/2024 (DDI)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Rechtshilfe für Armutsbetroffene (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Konzept für die Rechtshilfe für Armutsbetroffene zu erarbeiten, das den Zugang zu Rechtshilfe sicherstellt. mit einem Leistungsvertrag mit einer unabhängigen und unentgeltlichen Rechtsberatungsstelle oder anderen geeigneten Massnahmen eine umfassende Rechtshilfe für Armutsbetroffene zu garantieren.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. John Steggerda, 2. Melina Aletti, 3. Luzia Stocker, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Franziska Rohner, Mathias Stricker, Nadine Vögeli (15)

Stellungnahme RR: 03.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 22.01.2025 (schriftlich)

A 125/2024 (KR)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Aufwand für die Beantwortung parlamentarischer Vorstösse ausweisen (26.06.2024)

Der Aufwand für die Beantwortung jedes einzelnen parlamentarischen Vorstosses ist in der schriftlichen Stellungnahme zum betreffenden Vorstoss jeweils bekannt zu geben. Die Ratsleitung wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage mit den dazu erforderlichen Anpassungen des Parlamentsrechts (insb. des Geschäftsreglements des Kantonsrates) zu unterbreiten.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Sabrina Weisskopf, 2. Hansueli Wyss, 3. Martin Rufer, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Mark Winkler (21)

Stellungnahme RR: 03.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme RL: 18.12.2024 (schriftlich)

A 147/2024 (STK)

Auftrag Marie-Theres Widmer (Die Mitte, Steinhof): Medienvielfalt stärken (03.07.2024)

Die Regierung wird beauftragt, zu prüfen, wie sie die Medienvielfalt grundsätzlich fördern und unterstützen kann. Zudem soll sie aufzeigen, mit welchen weiteren Massnahmen eine offensive, breite Berichterstattung über die kantonalen Sessionen sowie über die Tätigkeiten der Regierung und der Verwaltung gewährleistet werden kann, und was diese Massnahmen kosten würden.

Begründung 03.07.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marie-Theres Widmer, 2. Matthias Meier-Moreno, 3. Michael Ochsenbein, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Janine Eggs, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, David Gerke, Simon Gomm, Michael Grimbichler, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Michael Kummli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Pierino Menna, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Angela Petiti, Christof Schauwecker, Sarah Schreiber, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, André Wyss, Nicole Wyss (42)

Stellungnahme RR: 14.01.2025 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 20.03.2025 (schriftlich)

A 148/2024 (KR)

Auftrag David Plüss (FDP.Die Liberalen, Olten): Effizienz im Ratsbetrieb / Sachvorlagen (03.07.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, zu prüfen, wie weitgehend unstrittige Sachvorlagen beschleunigt behandelt werden können.

Begründung 03.07.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. David Plüss, 2. Thomas Fürst, 3. Daniel Cartier, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, David Häner, Christian Herzog, Barbara Leibundgut, Christian Thalmann, Mark Winkler, Hansueli Wyss (11)

Stellungnahme RL: 18.12.2024 (schriftlich)

A 149/2024 (KR)

Auftrag Thomas Fürst (FDP.Die Liberalen, Olten): Effizienz im Ratsbetrieb / Aufträge (03.07.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, zu prüfen, wie weitgehend unstrittige Aufträge beschleunigt behandelt werden können.

Begründung 03.07.2024: schriftlich

Unterschriften: 1. Thomas Fürst, 2. David Plüss, 3. Daniel Cartier, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, David Häner, Christian Herzog, Barbara Leibundgut, Christian Thalmann, Mark Winkler, Hansueli Wyss (11)

Stellungnahme RL: 18.12.2024 (schriftlich)

A 174/2024 (STK)

Auftrag Fraktion glp: Standesinitiative «Stärkung des Wahlrechts bei den Nationalratswahlen» (04.09.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, gemäss Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung folgende Solothurner Standesinitiative einzureichen:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesetzgebung über die Nationalratswahlen dahingehend zu ändern, dass das Wahlrecht des Souveräns gestärkt wird. Es ist ein Wahlsystem einzuführen, das

- jede Stimme unabhängig vom Wohnort gleich gewichtet (Erfolgswertgleichheit),
- die Transparenz für den Souverän erhöht, indem es keine parteiübergreifenden Listenverbindungen mehr vorsieht, und im Gegenzug
- die Parteienstärken auf nationaler Ebene proportional in Nationalratssitze unter Beibehaltung der Kantone als Wahlkreise abbildet (Doppelproporz), allenfalls unter Hinzufügen einer Majorzbedingung.

Begründung 04.09.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Simone Rusterholz, 2. Thomas Lüthi, 3. Jonas Walther, Samuel Beer, Christian Ginsig, Nicole Hirt (6)

Stellungnahme RR: 14.01.2025 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 30.01.2025 (schriftlich)

A 177/2024 (DDI)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Verbot von Einweg-E-Zigaretten (11.09.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Verkauf von Einweg-E-Zigaretten im ganzen Kanton zu verbieten.

Begründung 11.09.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Matthias Meier-Moreno, 3. Tamara Mühlemann Vescovi, Rea Eng-Meister, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Michael Grimbichler, Karin Kälin, Susanne Koch -Hauser, Edgar Kupper, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Mathias Stricker, Thomas Studer (15)

Stellungnahme RR: 14.01.2025 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 22.01.2025 (schriftlich)

A 178/2024 (DDI)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Soziale Medien und psychische Gesundheit von Jugendlichen (11.09.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, gemeinsam mit den kantonalen Beratungsstellen wirksame und präventive Massnahmen für die psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Sozialen Medien zu erarbeiten und einzuführen. Dabei sollen zum einen Möglichkeiten für Jugendliche geschaffen werden, sich intensiver mit dem eigenen Konsumverhalten und den Folgen auseinanderzusetzen, und zum anderen sollen Eltern Möglichkeiten geboten werden, Hilfe und Beratung zu erhalten.

Der Regierungsrat wird zudem beauftragt, die präventiven Massnahmen grundsätzlich zu verstärken. Gemeinsam mit den vorhandenen Beratungsstellen, Sensibilisierungsangeboten und Vereinen soll eine Sensibilisierungskampagne geplant werden, die zur breiten Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung führt.

Begründung 11.09.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Angela Petiti, 2. Luzia Stocker, 3. John Steggerda, Melina Aletti, Matthias Andereg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Matthias Racine, Franziska Rohner, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (19)

Stellungnahme RR: 14.01.2025 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 22.01.2025 (schriftlich)

A 180/2024 (DBK)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Weniger Fremdsprachen in der Primarschule (11.09.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Lehrplan der Volksschule so anzupassen, dass Englisch erst in der Sekundarstufe unterrichtet wird.

Begründung 11.09.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Sabrina Weisskopf, 2. Hansueli Wyss, 3. Freddy Kreuchi, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, Christian Herzog, Nicole Hirt, Michael Kummli, Georg Lindemann, Manuela Misteli, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Christian Thalmann (17)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 210/2024 (FD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Stabilisierung des Kantonalen Pensenbestandes (05.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Pensenbestand zeitnah auf dem aktuellen Niveau 2024 zu stabilisieren. Ausnahmen sind nur im Bereich Volksschule und Justizvollzug möglich, infolge höherer Schüler- bzw. Insassenzahlen.

Begründung 05.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christian Thalmann, 2. Daniel Probst, 3. Markus Spielmann, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, David Plüss, Martin Rufer, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (18)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 217/2024 (DDI)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Unterstützung betreuende und pflegende Angehörige (06.11.2024)

Der Regierungsrat wird gebeten, Massnahmen zu erlassen, damit betreuende und pflegende Angehörige zukünftig finanziell unterstützt werden und einen verbesserten Zugang zu zahlbaren Betreuungs- und Entlastungsangeboten erhalten.

Begründung 06.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. John Steggerda, 3. Sarah Schreiber, Melina Aletti, Matthias Andereg, Remo Bill, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Silvia Fröhlicher Laura Gantenbein, Simon Gomm, Philipp Heri, Nicole Hirt, Karin Kälin, Susanne Koch Hauser, Georg Nussbaumer, Angela Petiti, Matthias Racine, Franziska Rohner, Simone Rusterholz, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Pascal Walter, Nicole Wyss

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 12.03.2025 (schriftlich)

A 218/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Anpassung der Globalbudget-Steigerungen an das Wachstum der Steuereinnahmen (06.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Steigerung der Globalbudgets künftig maximal dem langfristigen Wachstum der Steuereinnahmen entspricht.

Begründung 06.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Wenger, 2. Matthias Borner, 3. Richard Aschberger, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx (16)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)**Stellungnahme:** (schriftlich)

A 219/2024 (KR)

Auftrag Fraktion SVP: Leistungsorientierte Entlohnung der Solothurner Legislative (06.11.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Anpassung des Geschäftsreglements des Kantonsrates von Solothurn, dem Parlament vorzulegen. Es soll dabei die Entschädigung nach § 34bis angepasst werden:

1. Mit der Grundentschädigung werden die Aufwendungen für Aktenstudium und private Infrastruktur etc. abgegolten.
2. Die Grundentschädigung beträgt für jedes Ratsmitglied 2000 Franken pro Jahr. Im Falle der Verabschiedung eines positiven Voranschlags (Ertragsüberschuss) für das Folgejahr fällt die Grundentschädigung um zusätzliche 2000 Franken aus.
3. Ratsmitglieder, die im Verlaufe des Jahres aus dem Rat ausscheiden oder neu eintreten, erhalten die Grundentschädigung pro rata ausbezahlt.

Begründung 06.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philippe Ruf, 2. Thomas Giger, 3. Kevin Kunz, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Walter Gurtner, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (16)

Stellungnahme RR: (schriftlich)**Stellungnahme:** (schriftlich)

A 223/2024 (VWD)

Auftrag Johanna Bartholdi (FDP.Die Liberalen, Egerkingen): Der Kanton Solothurn ist systemrelevant für die ganze Schweiz! Wir fordern eine entsprechende Entschädigung! (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, mit dem Bund, resp. den zuständigen Departementen/Bundesämtern eine jährliche Entschädigung des Bundes für den Kanton Solothurn auszuhandeln und diese auch dezidiert zu verlangen. Es ist dem Regierungsrat freigestellt, weitere Kantone, in denen ähnliche Ausgangslagen herrschen, einzubinden. Die anvisierte Grössenordnung für den Kanton Solothurn hat mindestens 18 Mio. Franken/Jahr zu betragen. Das Anliegen verfolgt dieselbe

Stossrichtung wie die Interpellation 24.4155 von Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, eingereicht am 26.09.2024 an den Bundesrat.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Johanna Bartholdi, 2. Georg Lindemann, 3. Fabian Gloor, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Christian Ginsig, Michael Grimbichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Michael Kummlı, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Pierino Menna, Manuela Misteli, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, David Plüss, Daniel Probst, Patrick Schlatter, Thomas Studer, Christian Thalmann, Benjamin von Däniken, Pascal Walter, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf (28)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 225/2024 (DBK)

Auftrag Fraktion SVP: Keine Kleinstpensen an den Solothurner Schulen (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen Massnahmen Kleinstpensen (unter 30%) von Lehrpersonen bei den Schulen im Kanton Solothurn reduziert werden könnten.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andrea Meppiel, 2. Beat Künzli, 3. Roberto Conti, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 226/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Keine Kleinstpensen in der Solothurner Verwaltung (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen Massnahmen Kleinstpensen (unter 40%) des Personals in der Solothurner Verwaltung reduziert werden können.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andrea Meppiel, 2. Roberto Conti, 3. Beat Künzli, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 229/2024 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Effektive und sinnvolle Kontrolle der Gemeinden durch den Kanton (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonale Gesetzgebung so anzupassen, dass der Kanton die Gemeinderechnungen nur noch auf die relevanten Zahlen für die entsprechenden Finanzausgleiche überprüft. Zudem ist der Prüfungsintervall für Sonderprüfungen auf mindestens sechs Jahre zu erhöhen. Durch den geringeren Prüfungsaufwand sind die Gebühren entsprechend zu senken.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Freddy Kreuchi, 3. Philipp Heri, Johanna Bartholdi, Johannes Brons, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Thomas Giger, Fabian Gloor, Michael Grim-bichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Michael Kummli, Edgar Kupper, Georg Lindemann, Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Stephanie Ritschard, Martin Rufer, Christine Rützi, Patrick Schlatter, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Hansueli Wyss (30)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 12.03.2025 (schriftlich)

A 240/2024 (VWD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Änderung von § 31 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (11.12.2024)

§ 31 Abs. 1 sagt: Die Verhandlungen der Gemeindeversammlung, des Gemeindeparlaments und des Gemeinderates sind in der Regel öffentlich. Dieser Paragraph ist wie folgt zu ergänzen. Die Verhandlungen der Gemeindeversammlung, des Gemeindeparlaments, des Gemeinderates und der Delegiertenversammlungen der Zweckverbände sind in der Regel öffentlich.

Begründung 11.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Christian Thalmann, 3. Georg Lindemann, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Markus Spielmann, Sabrina Weisskopf, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 241/2024 (KR)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Vorgehen bei Stimmabgabe klar regeln (17.12.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, die Gesetzgebung und/oder das Geschäftsreglement wie folgt anzupassen: Bei Abstimmungen soll das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder zwar laufend an der Wand angezeigt werden. Das Resultat (in Zahlen) jedoch erst nach Abschluss der Abstimmung (analog Nationalrat). Wird behauptet, dass bei Abstimmungen durch die Abstimmungsanlage nicht alle Stimmen gezählt worden sind, wird die Abstimmung nicht wiederholt, sondern die fehlenden Stimmendürfen mündlich nachgeliefert werden. Dies allerdings nur unmit-

telbar im Anschluss an die Abstimmung. Wenn sich ein Ratsmitglied nicht sofort meldet, spätestens wenn das Ergebnis verkündet wird, ist die Stimmenzählung vorbei und die Stimme zählt nicht.

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Fabian Gloor, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Michael Grimbichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Matthias Mer-Moreno, Pierino Menna, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, André Wyss (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 242/2024 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Ergänzungsleistungen – persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen (17.12.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie Menschen, die aufgrund der Steuerdaten Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL) haben könnten, in Zukunft direkt angeschrieben und über ihren möglichen Anspruch benachrichtigt werden sollen.

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. John Steggerda, 2. Urs Huber, 3. Matthias Racine, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: 22.04.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 243/2024 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Anspruch auf Prämienverbilligung automatisch prüfen und Beiträge direkt ausbezahlen (17.12.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (IPVG) so anzupassen, dass der Anspruch von Versicherten automatisch geprüft und ausbezahlt wird. Um die Eigenverantwortung zu bewahren, soll ein freiwilliger Verzicht mit einem niederschweligen Opt-Out Verfahren aktiv angeboten werden.

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. John Steggerda, 2. Matthias Racine, 3. Urs Huber, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: 22.04.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 249/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Sistierung Leistungsbonus (LEBO) ab 2026 (18.12.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Betrag für die Leistungsboni der Verwaltung ab 2026 und während fünf Jahren zu sistieren.

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Dick, 2. Johannes Brons, 3. Adrian Läng, Richard Aschberger, Roberto Conti, Tobias Fischer, Kevin Kunz, Beat Künzli, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: 22.04.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 252/2024 (BJD)

Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Keine Verzögerungen beim S-Bahn Viertelstundentakt im Birstal (18.12.2024)

Der Regierungsrat wird damit beauftragt, sich beim Bund und den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das Wendegleis Aesch wie geplant bis 2028 realisiert wird und insbesondere, dass ab 2028 im Birstal ein Viertelstundentakt der S-Bahn angeboten wird. Sollte die zweite Forderung erst später umgesetzt werden können, wird der Regierungsrat damit beauftragt, bereits früher umsetzbare Kompensationsmassnahmen bei der SBB und beim Bund einzufordern. Diese könnten sein:

- Schnellzugshalt Dornach-Arlesheim (vgl. erheblich erklärten A 0235/2022 «Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Perspektive BAHN 2050 umsetzen: Ein Schnellzugshalt für Dornach-Arlesheim»)
- Drei statt vier S-Bahn-Züge pro Stunde und Richtung
- Viertelstundentakt in den Hauptverkehrszeiten
- S-Bahn-Verbindung von Aesch via Dornach und Münchenstein nach Muttenz

Weiter ist zu prüfen, ob dank dem Doppelspurausbau zwischen Grellingen und Duggingen der Viertelstundentakt bis Laufen weitergezogen werden kann.

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Daniel Urech, 3. David Häner, Anna Engeler, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, David Gerke, Michael Grimbichler, Karin Kälin, Susanne Koch Hauser, Rebekka Matter-Linder, Christof Schauwecker (16)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 026/2025 (FD)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): SNB-Ausschüttungen entpolitisieren (28.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Mechanismus einzuführen, dass in Voranschlag und Rechnung des Kantons jeweils ein durchschnittlicher, grundsätzlich fixer und somit stabiler Betrag der SNB-Zahlungen berücksichtigt wird und nicht der effektiv erwartete beziehungsweise erhaltene.

Begründung 28.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Michael Grimbichler, 3. Benjamin von Däniken, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Matthias Meier-Moreno, Pierino Menna, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Thomas Studer (18)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 027/2025 (FD)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Wertschätzung für das Staatspersonal (28.01.2025)

Der Regierungsrat soll im Jahr 2025 für das Staatspersonal als Zeichen der Wertschätzung eine Einmalprämie von 1'000 Franken pro Mitarbeitenden (bei einem 100%-Pensum) entrichten. Sofern dafür neue rechtliche Grundlagen notwendig sind, sollen diese geschaffen werden.

Begründung 28.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Edgar Kupper, 2. Patrick Friker, 3. Patrick Schlatter, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Michael Grimbichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Matthias Meier-Moreno, Pierino Menna, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Pascal Walter, André Wyss (21)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 030/2025 (DDI)

Auftrag Fraktion SVP: Asylnotstand ausrufen und die Asylkriminalität stoppen (28.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Asylnotstand auszurufen und die angemessenen Massnahmen einzuleiten, um die Lage wesentlich zu beruhigen.

Begründung 28.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Matthias Borner, 2. Beat Künzli, 3. Andrea Meppiel, Richard Aschberger, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Stephanie Ritschard, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (14)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 033/2025 (DBK)

Auftrag Fraktionsübergreifend: Umwandlung von Lektionen der speziellen Förderung (SF) in Schulhilfe ermöglichen (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Primarschulen und der Sek I die Möglichkeit zu schaffen, nach Bedarf und klassenweise die Lektionen der speziellen Förderung (SF) in Schulhilfe umzuwandeln.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andrea Meppiel, 2. Tamara Mühlemann Vescovi, 3. Manuela Misteli, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Daniel Cartier, Markus Dick, Tobias Fischer, Kuno Gasser, Thomas Giger, Walter Gurtner, David Häner, Michael Kummli, Kevin Kunz, Beat Künzli, Edgar Kupper, Adrian Läng, Stefan Nünlist, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Martin Rufer, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas Studer, Sabrina Weisskopf, Thomas Wenger, Mark Winkler (29)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 035/2025 (DBK)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Volksschule von Sparmassnahmen betroffen: Pädagogischer ICT-Support weiterfinanzieren (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die im Massnahmenplan 2024 vom Regierungsrat beschlossene Massnahme «Ausserordentlicher Staatsbeitrag Volksschule: Pädagogischer ICT-Support (PICTS)» weiterzuführen und den Staatsbeitrag nicht vollständig zu senken.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Angela Petiti, 2. Mathias Stricker, 3. Philipp Heri, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Karin Kälin, Matthias Racine, Franziska Rohner, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (17)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 036/2025 (DBK)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Volksschule von Sparmassnahmen betroffen: Keine Lektionenkürzung auf der Primarstufe (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die im Massnahmenplan 2024 vom Regierungsrat getroffene Massnahme «Lektionenkürzung auf der Primarstufe» aufzuheben.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. Angela Petiti, 3. Philipp Heri, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Hardy Jäggi, Matthias Racine, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (17)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 037/2025 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Förderung der Rehkitzrettung ab 2026 weiterführen (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Streichung der Förderung der Rehkitzrettung ab 2026 rückgängig zu machen.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Nadine Vögeli, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Mathias Stricker, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Matthias Racine, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 038/2025 (BJD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Aufhebung der ÖV-Plafonierung ab 2027 (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Plafonierung der Ausgaben für den öffentlichen Verkehr (ÖV) ab 2027 aufzuheben.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philipp Heri, 2. Hardy Jäggi, 3. Silvia Fröhlicher, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Simon Gomm, Karin Kälin, Angela Petiti, Matthias Racine, Franziska Rohner, Christof Schauwecker, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 039/2025 (DBK)

Auftrag Angela Petiti (SP, Solothurn): Selbstgesteuertes Arbeiten/Projektarbeit nicht reduzieren (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die im Massnahmenplan 2024 vom Regierungsrat getroffene Sparmassnahme «Staatsbeitrag Volksschule: minus 1 Lektion selbstgesteuertes Arbeiten/Projektarbeit bei Sek B+E 3. Klasse» aufzuheben.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Angela Petiti, 2. Remo Bill, 3. Nicole Wyss, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Karin Kälin, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli (15)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 046/2025 (DDI)

Auftrag Daniel Urech (Grüne, Dornach): Akut- und Übergangspflege tatsächlich umsetzen (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Angebot der Akut- und Übergangspflege im Sinne von Art. 25a Abs. 1 KVG durch die grundversorgenden Spitex-Organisationen und/oder die Heime beispielsweise durch Leistungsverträge flächendeckend sicherzustellen. Ausserdem sind die in den vergangenen zehn Jahren ungerechtfertigt den Gemeinden auferlegten Pflegekosten aus Akut- und Übergangspflege zu quantifizieren und zumindest teilweise auszugleichen.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Barbara Leibundgut, 3. Fabian Gloor, Richard Aschberger, Janine Eggs, Anna Engeler, Heinz Flück, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Walter Gurtner, David Häner, Nicole Hirt, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Edgar Kupper, Rebekka Matter-Linder, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Benjamin von Däniken (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0059/2025 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Überprüfung und Suspendierung der kantonalen Finanzierung des Bistumskonkordats (11.03.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Zahlungsverpflichtungen des Bistumskonkordats von 1828 (BGS 423.31; Übereinkunft der Stände Luzern, Bern, Solothurn und Zug betreffend die Organisation des Bistums Basel) zu überprüfen und zu suspendieren.

Begründung 11.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Nadine Vögeli, 3. David Plüss, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Richard Aschberger, Remo Bill, Janine Eggs, Simon Esslinger, Heinz Flück, Laura Gantenbein, David Gerke, Christian Ginsig, Simon Gomm, Walter Gurtner, Philipp Heri, Nicole Hirt, Hardy Jäggi, Kevin Kunz, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Angela Petiti, Matthias Racine, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Christof Schauwecker, John Steggerda, Luzia Stocker (28)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0063/2025 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Investitionsbeitrag ÜK-Zentrum MPA (12.03.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, in Absprache mit der Gesellschaft der Ärztinnen und Ärzte des Kantons Solothurn (GAeSO) einen einmaligen Investitionsbeitrag von 500'000 Franken für den Aufbau eines kantonalen Zentrums für überbetriebliche Kurse (ÜK) für Medizinische Praxisassistentinnen und -assistenten (MPA) bereitzustellen.

Begründung 12.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Kummli, 2. Tamara Mühlemann Vescovi, 3. Nadine Vögeli, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Marlene Fischer, Heinz Flück, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, David Plüss, Matthias Racine, Martin Rufer, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Christian Thalmann, Daniel Urech, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler (32)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0064/2025 (FD)

Auftrag Fraktion glp: Abzugsfähigkeit der energetischen Sanierungen im Gebäudebereich sicherstellen (12.03.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt sicherzustellen, dass Investitionen in energetische Sanierungen und in den Umweltschutz im Gebäudebereich steuerlich weiterhin abzugsfähig bleiben (Stufe Kanton und Gemeinde), auch nach einer möglichen Anpassung oder Abschaffung des Eigenmietwertes.

Begründung 12.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Samuel Beer, 2. Thomas Lüthi, 3. Jonas Walther, Christian Ginsig, Nicole Hirt, Simone Rusterholz (6)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0065/2025 (BJD)

Auftrag Fabian Gloor (Die Mitte, Oensingen): Positive Anreize für überregionale Wasserversorgungslösungen setzen (12.03.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) (§ 165 Abs. 1 lit.a) und/oder die Verordnung über Wasser, Boden und Abfall (VWBA) (§ 41 Abs. 2) so anzupassen, dass an Massnahmen des Wasserbaus von regionalem bzw. überregionalem Interesse Beiträge von bis zu 80 % geleistet werden können.

Begründung 12.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Susanne Koch Hauser, 3. Kuno Gasser, Karin Kissling (4)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0066/2025 (DBK)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte-EVP: Brückenangebot Startpunkt Wallierhof; Aufhebung der Sparmassnahme D_DBK_02 (12.03.2025)

Der Kanton Solothurn finanziert das Brückenangebot Startpunkt Wallierhof weiterhin gemäss der aktuell geltenden Leistungsvereinbarung mit max. 38 Plätzen zum Vollzeittarif der Berufsfachschulvereinbarung BFSV. Die Massnahme: «D_DBK_02 Startpunkt Wallierhof, externes Brückenangebot, Anpassung der Leistungsvereinbarung, Reduktion der vom Kanton finanzierten Plätze» des kantonalen Massnahmenplans 2024 ist aufzuheben.

Begründung 12.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Edgar Kupper, Bruno Eberhard, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Michael Grimbichler, Susanne Koch Hauser, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Pascal Walter, André Wyss (17)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

X. Interpellationen

214/2024 (BJD)

Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Update zu per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) im Kanton Solothurn? (05.11.2024)

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) – sogenannte Ewigkeitschemikalien oder «forever chemicals» – sind überall. In den 1940er-Jahren entwickelt, kommen sie bereits seit Jahrzehnten in allen möglichen Bereichen zum Einsatz: beispielsweise in Feuerlöschschäumen, Bratpfannen oder Imprägniermitteln. Durch industrielle Prozesse, aber auch durch Düngung mit kontaminiertem Klärschlamm oder Feuerwehrübungen gelangen PFAS in die Umwelt. Von der Umwelt gelangen sie via Trinkwasser und Nahrungsmittel in die menschlichen Körper, wo sie bei jedem Menschen im Blut zu finden sind.

PFAS machen aktuell fast überall in der Schweiz Schlagzeilen: Fast täglich gibt es Meldungen, dass die Stoffgruppe der «Ewigkeitschemikalien» in Lebensmitteln, Böden oder im Trinkwasser festgestellt wurde. Sei es in Fleisch und Fisch in St. Gallen oder den beiden Basel. Immer mehr Kantone führen Untersuchungen auf PFAS durch – zuletzt hat der Kanton Bern Bodenuntersuchungen wegen Klärschlamm angekündigt.

Dabei ist die Erkenntnis, dass PFAS in der Umwelt ein Problem sein könnten, nicht so neu, wie es in den Medien scheint: Schon 2007/2008 wurde in der Schweiz das Grundwasser im Rahmen der Nationalen Grundwasserbeobachtung (NAQUA) auf PFAS untersucht. Schon damals wurden in 21 der 49 beprobten Messstellen PFAS festgestellt⁵. 2019 fand in Solothurn ein erstes Symposium von Fachleuten zum Thema PFAS statt.

Mit I 0220/2021 «Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) im Kanton Solothurn?» (10.11.2021) wurde bei der Regierung im Jahr 2021 nach Wissensstand und Handlungsbedarf bezüglich PFAS gefragt. Damals schätzte die Regierung den Wissensstand gering ein und man konnte den Handlungsbedarf nicht einschätzen.

In der Zwischenzeit haben Kantone, die proaktive PFAS-Untersuchungen eingeleitet haben, Erfahrungen mit PFAS gesammelt. Aber auch der Kanton Solothurn wurde bei der Stadtmistsanierung von PFAS «überrascht».

Bei der Bevölkerung im Kanton Solothurn herrscht Verunsicherung. Wie bei uns der Wissensstand und der Handlungsbedarf bezüglich PFAS aussieht, ist der Öffentlichkeit wenig bekannt.

Der Regierungsrat wird deshalb um ein Update zu folgenden Fragen gebeten:

1. Was ist bekannt über PFAS-Verschmutzung in der Umwelt? Insbesondere im Grundwasser, Oberflächengewässer und Boden («Humus») im Kanton Solothurn?
2. Was ist bekannt über die PFAS-Verschmutzung des Trinkwassers im Kanton Solothurn?
3. Was ist bekannt über die PFAS-Verschmutzung in Lebensmitteln im Kanton Solothurn?
4. Was ist bekannt über mögliche PFAS-Quellen im Kanton Solothurn? Insbesondere Feuerwehrübungsplätze, Klärschlammausbringung, ARAs und Industrie?
5. Wie schätzt die Regierung den aktuellen Wissensstand bezüglich PFAS im Kanton Solothurn ein?
6. Was wird aktuell hinsichtlich der PFAS-Verschmutzung im Kanton Solothurn unternommen? Welchen weiteren Handlungsbedarf sieht die Regierung?
7. Welche finanziellen Risiken bergen PFAS für den Kanton Solothurn?
8. Wie plant die Regierung, die Öffentlichkeit über PFAS zu informieren?

Begründung 05.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Laura Gantenbein, 3. Christof Schauwecker, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Christian Ginsig, Philipp Heri, Karin Kälin, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Angela Petiti, Matthias Racine, John Steggerda, Mathias Stricker, Daniel Urech, Nicole Wyss (22)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

I 227/2024 (BJD)

Interpellation Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Fluchtverkehrsreduktionspotential durch Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit in Ortsdurchfahrten (13.11.2024)

Um den Fluchtverkehr durch die Gemeinden, welcher im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 entstehen könnte, zu verhindern bzw. minimieren, hat der Regierungsrat verschiedene Massnahmen beschlossen. Die temporäre Einführung von Tempo 30-Strecken durch die Gemeinden, welche von Fluchtverkehr betroffen sein können, ist dabei keine der vom Regierungsrat vorgesehenen Massnahmen.

Gerne stelle ich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Welches sind die Strategien des Regierungsrates, die negativen Auswirkungen (Lärm, Umweltbelastung, Sicherheit) des Fluchtverkehrs, welcher auch trotz den getroffenen Massnahmen bleibt, für die betroffenen Gemeinden, deren Einwohnenden und andere Benützer des Strassenraumes, insbesondere Fussgänger und Fussgängerinnen, Schulkinder und Velofahrer und Velofahrerinnen abzufedern?
2. Wieso ist die Herabsetzung der Geschwindigkeit in Ortsdurchfahrten als Mittel zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 nicht als Massnahme vorgesehen?
3. Was spricht aus Sicht des Regierungsrates dagegen, die Reduktion der Geschwindigkeit durch Ortsdurchfahrten in diesem Zusammenhang einzuführen?
4. Wurde die Reduktion der Geschwindigkeit durch Ortsdurchfahrten im Zusammenhang mit der Reduktion von Fluchtverkehr geprüft? Was war das Ergebnis dieser Prüfung?
5. Sofern eine solche Prüfung nicht durchgeführt wurde, ist der Regierungsrat bereit, diese kostengünstige und effiziente Massnahme zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 zu prüfen und gegebenenfalls zusätzlich zu den bereits vorgestellten Massnahmen einzuführen?
6. Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Fluchtverkehrsreduktionspotential eines angepassten Temporegimes (Tempo 30) ein?
7. Wie hoch werden die Kosten einer solchen Massnahme eingeschätzt?
8. Inwiefern wurden die betroffenen Gemeinden, Verkehrs- und Umweltschutzorganisationen (welche?) angehört bei der Ausarbeitung der Massnahmen zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1?

Begründung 13.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Laura Gantenbein, 3. Heinz Flück, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (7)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

I 250/2024 (BJD)

Interpellation Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Mehr ÖV für die Tourismusregion Weissenstein (18.12.2024)

Der Weissenstein ist nicht nur der Solothurner Hausberg, sondern auch eines der wichtigsten touristischen Ziele des Kantons Solothurn und entsprechend im kantonalen Richtplan gewürdigt. Mit der Bahnlinie Solothurn-Moutier, der Linie 1 der BSU sowie der Seilbahn Weissenstein ist der Weissenstein bereits gut an den öffentlichen Verkehr angebunden.

Die verschiedenen öffentlichen Verkehrsmittel sind jedoch noch nicht optimal miteinander vernetzt. So endet beispielsweise die Linie 1 der BSU im Dorf Oberdorf und wird nicht bis zum Bahnhof Oberdorf bzw. der Talstation der Seilbahn Weissenstein geführt. Eine Weiterführung der Linie 1 der BSU würde sowohl den Bahnhof als auch die Seilbahn besser in die ÖV-Landschaft der Agglomeration Solothurn einbinden.

Die Integration der Seilbahn Weissenstein in den Tarifverbund Libero und in den GA-Geltungsbereich stellt eine weitere Möglichkeit dar, den Weissenstein besser ins ÖV-Netz einzubinden und würde insbesondere für die gastronomischen Angebote und Anlässe auf dem Weissenstein einen Vorteil darstellen. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Wie setzt der Regierungsrat die Grundsätze zum touristischen Gebiet Weissenstein-Balmberg, welches im Kantonalen Richtplan L-5 (Gebiete und Vorhaben für Freizeit, Sport und Erholung) definiert ist, um?
2. Wie sieht die Entwicklungsstrategie des Regierungsrats für diese Region aus?
3. Was müsste unternommen werden, damit die Linie 1 der BSU bis zum Bahnhof Oberdorf bzw. der Talstation der Seilbahn geführt wird?
4. Welche Vorteile sieht der Regierungsrat für die Tourismusregion Weissenstein-Balmberg mit einer Verlängerung der Linie 1 der BSU bis zum Bahnhof Oberdorf bzw. der Talstation der Seilbahn?
5. Was müsste unternommen werden, um die Seilbahn Weissenstein in den Tarifverbund bzw. den GA-Geltungsbereich einzugliedern?
6. Welche Vorteile sieht der Regierungsrat für die Tourismusregion Weissenstein-Balmberg bei einer Eingliederung der Seilbahn Weissenstein in den Tarifverbund bzw. den GA-Geltungsbereich?

Begründung 18.12.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Heinz Flück, 3. Anna Engeler, Janine Eggs, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, David Gerke, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (10)

Stellungnahme RR: 18.02.2025 (schriftlich)

I 028/2025 (VWD)

Interpellation Fraktion SVP: Solothurner Gebäudeversicherung (SGV) ohne Aufsichtsorgan und mit fragwürdiger Ausschreibung – Klarheit schaffen! (28.01.2025)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der Solothurner Gebäudeversicherung (SGV) nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Das Stelleninserat für den Verwaltungsrat weicht in wesentlichen Punkten vom in der kassierten Verordnung festgelegten Anforderungsprofil ab, beispielsweise in Bezug auf Bau und Informatik/Digitalisierung. Warum entscheidet sich der Regierungsrat, von einem im Kantonsrat völlig unbestrittenen Anforderungsprofil abzuweichen?
2. Der Regierungsrat plant, den Verwaltungsrat bis Ende Februar zu wählen. Damit bleiben für die gesamte Personalselektion lediglich sechs Wochen Zeit. Wie soll in dieser kurzen Zeit eine gründliche und seriöse Personalauswahl gewährleistet werden? Wie genau gestaltet sich der Rekrutierungsprozess?
3. Die Pflicht zur öffentlichen Ausschreibung und die Festlegung einer angemessenen Berücksichtigung der Interessengruppen müssen in der Verordnung explizit verankert sein. Bislang liegt dem Kantonsrat keine entsprechend angepasste Verordnung vor. Wie kommt der Regierungsrat dazu, einen Verwaltungsrat zu wählen, dessen Anforderungsprofil sowie Zusammensetzung einem faktischen Genehmigungsvorbehalt des Kantonsrates untersteht?
4. Seit dem 1. Januar 2025 verfügt die SGV über kein strategisches Aufsichtsorgan mehr. Welche gesetzliche Grundlage ermächtigt den Regierungsrat, dringliche Verfügungen und Entscheidungen zu treffen? Auf welcher Rechtsgrundlage wurde die Vereinbarung zwischen dem Regierungsrat und der Geschäftsleitung der SGV erstellt?
5. Wie hoch waren die bisherigen Kosten für die externe Begleitung des Besetzungsprozesses, und

mit welchen zusätzlichen Kosten ist noch zu rechnen?

Begründung 28.01.2025: schriftlich.

Während der Dezember-Session 2024 hat eine Mehrheit des Parlaments dem Einspruch/Veto der SVP-Fraktion gegen die Gebäudeversicherungsverordnung zugestimmt. Ein Hauptanliegen des Vetos war der intransparente Besetzungsprozess des Verwaltungsrats. Im Parlament herrschte Einigkeit darüber, dass die entsprechenden Stellen zwingend öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Die kantonsrätliche Debatte kritisierte jedoch nicht die Wahl des Verwaltungsrats auf Basis eines in der Verordnung festgelegten Kompetenzprofils. Umso überraschender war es, dass das veröffentlichte Stelleninserat für den Verwaltungsrat von diesem Kompetenzprofil abwich. Mittlerweile ist das neue Gebäudeversicherungsgesetz am 1. Januar 2025 in Kraft getreten. Mit dessen Inkrafttreten wurde die bisherige Verwaltungskommission, die bis Ende 2024 als Aufsichts-gremium fungierte, aufgelöst. Der Besetzungsprozess für den im neuen Gesetz vorgesehenen Ver-waltungsrat ist jedoch noch nicht abgeschlossen, sodass die SGV aktuell ohne strategisches Auf-sichtsorgan dasteht. Laut einem Artikel der Solothurner Zeitung vom 9. Januar 2025 werden strate-gisch und präjudiziell bedeutende Entscheide aufgrund des unbesetzten Verwaltungsrats aufge-schoben. Dies soll angeblich schriftlich vereinbart worden sein. Zudem wird berichtet, dass dringli-che Verfügungen oder Entscheidungen von der Volkswirtschaftsdirektorin Brigit Wyss getroffen werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die offenen Fragen zum rechtswidrigen Zustand aufgrund des fehlenden Aufsichtsorgans sowie zum fragwürdigen Ausschreibungs- und Besetzungsprozess müssen dringend geklärt werden und erfordern eine Meinungsäusserung des Kantonsrats.

Unterschriften: 1. Adrian Läng, 2. Markus Dick, 3. Tobias Fischer, Matthias Borner, Johannes Brons, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Beat Künzli, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Philippe Ruf, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (17)

Stellungnahme RR: 18.02.2025 (schriftlich)

I 029/2025 (VWD)

Interpellation Fraktion SVP: Gebäudeschätzer der SGV – fahrlässige Vernichtung von langjährigem Knowhow (28.01.2025)

Die Gebäudeversicherung (SGV) beschäftigt hauptamtliche und nebenamtliche Gebäudeschätzer. Diese wurden seit Jahren bei Vorliegen der entsprechenden fachlichen Kenntnis nach einem freiwilligen politischen Proporz durch die Verwaltungskommission der SGV gewählt. Dieses Vorgehen gewährleistete sowohl fachliches Knowhow wie auch regionale Verankerung. Mit dem ab 01.01.2025 in Kraft getretenen Gebäudeversicherungsgesetz kommt man bewusst von diesem System ab. Man will die Schätzer und Schätzerinnen allein nach fachlichen Kriterien auswählen und dabei ermöglichen, dass die nebenamtlichen Schätzer und Schätzerinnen ihre Funktion sowohl als Angestellte wie auch im Mandatsverhältnis ausüben können. Damit will man auf das Knowhow der sehr vielen, in der Regel als selbstständig tätigen Architekten entgegenkommen. Die (vorläufig kassierte) Verordnung nimmt dieses Anliegen gesetzestreu auf und der Regierungsrat betont in seinen Erläuterungen zum entsprechenden § 2 (RRB 2024/1562): «Die nebenamtlichen Fachpersonen aus der Schätzungsregion sind beruflich in der Regel als Selbstständigerwerbende auf Mandatsbasis tätig. Soweit sie für die SGV tätig sind, kann sich je nach Pensum und weiteren Umständen auch eine Anstellung aufdrängen. Es muss der SGV entsprechend offenstehen, die nebenamtlichen Fachpersonen im Auftrags- wie auch im Anstellungsverhältnis beizuziehen, je nachdem, welche Variante sich insgesamt als zweckmässiger erweist.». Umso überraschter sind wir nun, dass die entsprechen-

den Mandate pro Region per Submissionsverfahren im Einladungsverfahren ausgeschrieben worden sind und dabei nur Unternehmen berücksichtigt werden sollen. Das widerspricht aus unserer Sicht klar den Erläuterungen zu Gesetz und Verordnung, wo immer von Fachpersonen und nicht von Unternehmen die Rede war. Wir haben bereits mehrere negative Rückmeldungen von bisherigen Schätzern erhalten, die am Verfahren erst gar nicht teilgenommen haben oder ausgeschlossen worden sind, weil sie sich nicht als Firma beworben haben. In diesem Zusammenhang stellen sich uns folgende Fragen:

1. Wer hat das gewählte Vorgehen (Submissionsverfahren) beschlossen?
2. Warum wurde entschieden, lediglich Unternehmen und keine Einzelpersonen oder allenfalls Bietergemeinschaften (etwa zwei bisherige Schätzer, die gegenseitig als Stellvertretungen fungieren)?
3. Wer wurde im Rahmen dieses Einladungsverfahrens zur Offertstellung eingeladen?
4. Wer entscheidet über die Vergabe der Mandate?
5. Teilt der Regierungsrat unsere Auffassung, dass es sich bei den Schätzern und Schätzerinnen um eine behördliche Funktion handelt?
6. Wenn ja: Wo findet sich die Rechtsgrundlage für die gemäss Ausschreibung verlangte Stellvertreterfunktion?
7. Teilt der Regierungsrat unsere Auffassung, dass behördliche Funktionen in der Regel für eine Amtsperiode von vier Jahren mit Beginn am 1. August des kantonalen Wahljahres gewählt werden?
8. Wenn ja:
 - 8.1 Weshalb wurden die bis zum 31. Juli 2025 gewählten Schätzer und Schätzerinnen kalt des Amtes enthoben?
 - 8.2 Wo findet sich die gesetzliche Grundlage, die Dauer der zu vergebenden Mandate auf zwei Jahre zu beschränken?
 - 8.3 Wo findet sich die gesetzliche Grundlage, die Mandate bereits ab 1. Januar 2025 beginnen zu lassen?
9. Hält es der Regierungsrat für opportun, solch politisch heikle Mandatsvergaben ohne gewähltes Aufsichtsorgan durchführen zu lassen?
10. Hält es der Regierungsrat für opportun, künftig die heiklen und auch steuerrechtlich relevanten Gebäudeschätzungen durch auf zwei Jahre mandatierte Unternehmen anstatt durch persönlich verantwortliche Fachpersonen durchführen zu lassen?
11. Wie hoch erachtet der Regierungsrat den Knowhow-Verlust durch das gewählte Vorgehen?
12. Ist der Regierungsrat bereit, zu intervenieren und darauf hinzuwirken, dass das Submissionsverfahren – das anscheinend noch nicht abgeschlossen ist – abubrechen?

Begründung der Dringlichkeit:

Das angesprochene Submissionsverfahren ist noch im Gang. Eine Meinungsäusserung des Kantonsrates in dieser Sache ist deshalb dringlich, ansonsten vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Begründung 28.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Adrian Läng, 2. Markus Dick, 3. Beat Künzli, Johannes Brons, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Philippe Ruf, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: 18.02.2025 (schriftlich)

I 032/2025 (FD)

Interpellation Heinz Flück (Grüne, Solothurn): Sparpaket des Bundes: Welche Auswirkungen sind für den Kanton zu erwarten? (29.01.2025)

Im Herbst 2024 hat der Bundesrat auf der Grundlage des Expertenberichts Gaillard ein drastisches Sparpaket in Aussicht gestellt. Insbesondere die Bereiche Umwelt und Klima, soziale Wohlfahrt sowie Bildung und Forschung sind von massiven Sparmassnahmen betroffen. Im Bericht werden viele der Kürzungen mit einer Entflechtung der Aufgabenbereiche von Bund und Kantonen gerechtfertigt. Faktisch bedeutet das Sparpaket jedoch in vielen Bereichen eine Kostenverschiebung vom Bund hin zu den Kantonen oder eine Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen. Dies kann erhebliche negative Auswirkungen auf die Finanzen und die Bevölkerung des Kantons Solothurn haben. Konkret wäre unser Kanton u.a. von folgenden Sparmassnahmen betroffen: Kürzungen beim Regionalverkehr, beim Bundesbeitrag an die Integrationspauschale, an die Prämienverbilligung, die Kinderbetreuung sowie vom kompletten Wegfall des soziodemographischen Lastenausgleichs.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Werden die Kürzungen beim Regionalverkehr, wenn sie sich durchsetzen, zu höheren Ticketpreisen oder einem Abbau im öffentlichen Verkehr führen, z.B. zu einer Streichung von Buslinien?
2. Wie werden eventuelle Mehrausgaben des Kantons abgedeckt, wenn die Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt doch nicht so rasch vonstattengeht wie vom Bund vorgesehen?
3. Wie hoch wären die Einnahmeausfälle, die dem Kanton durch den Wegfall des soziodemographischen Lastenausgleichs entstehen würden? Wie sollen diese Einnahmeverluste kompensiert werden?
4. Ergeben sich aus dem Sparpaket sonstige Sparmassnahmen, von denen unser Kanton besonders betroffen ist? Wenn ja, mit welchen Auswirkungen?
5. Was ist die Strategie des Kantons, wenn das Sparpaket in seiner jetzigen Form verabschiedet wird? Wie hoch sind die Mehrausgaben oder die Einnahmeverluste insgesamt, die dem Kanton durch die einzelnen Massnahmen und das Sparpaket insgesamt entstehen?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Heinz Flück, 2. Rebekka Matter-Linder, 3. Christof Schauwecker, Janine Eggs, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke (7)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 043/2025 (DDI)

Interpellation Adrian Läng (SVP, Horriwil): Auswirkungen der Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) auf den Kanton Solothurn (29.01.2025)

Am 1. Juni 2024 hat die World Health Assembly (WHA) weitreichende Änderungen an den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) beschlossen. Diese treten nach 12 Monaten, am 1. Juni 2025, automatisch in Kraft, es sei denn, der Bundesrat nutzt bis zum 31. März 2025 sein «Opting-out»-Recht. Der Bundesrat hat dieses Recht am 14. November 2024 zwar wahrgenommen, was jedoch nicht bedeutet, dass die Schweiz die Änderungen endgültig ablehnt. Vielmehr wird dadurch der demokratische Prozess ermöglicht, sodass das Parlament über die Änderungen entscheiden und die Vorlage einem Referendum unterstellen kann.

Die IGV-Revision ist weitreichend und keineswegs bloss technisch-administrativer Natur. Sie beinhaltet Kompetenzverzichte und neue Pflichten zulasten der Kantone im Bereich öffentliche Gesundheit und Volkswirtschaft. Den Kantonen werden Verpflichtungen mit grosser finanzieller Tragweite auferlegt: Massive Aufstockung der Kapazitäten in den Bereichen Überwachung (Tests, Analysen), Kontrollmassnahmen gegenüber der eigenen Bevölkerung, Einkauf von Pandemieprodukten ge-

mäss WHO-Vorgaben (inkl. experimenteller Arzneimittel) sowie Beiträge an internationale Finanzierungsmechanismen. Diese völkerrechtlichen Verpflichtungen der Kantone sind weitgehend rechtsverbindlich (Annex 1: «Kernkapazitäten»), ohne dass den Kantonen Kontroll-, Korrektur- oder Widerspruchsmöglichkeiten gegenüber der WHO zustehen, selbst wenn sich WHO-Vorgaben als unnütz, unnötig oder schädlich erweisen.

Besonders problematisch sind die rechtsverbindlichen Regelungen zur Informationsdoktrin der WHO. Bund und Kantone sind angehalten, ausschliesslich von der WHO genehmigte Informationen für das Pandemiemanagement zu verwenden. Alternativen müssen – wie schon unter COVID-19 – unterdrückt werden, sobald sie der WHO-Linie widersprechen. Dies erhöht das Risiko fataler Fehlentscheide mit negativen Folgen für Staatsfinanzen und öffentliche Gesundheit.

Die beschlossenen IGV-Anpassungen stellen zentrale Prinzipien der Schweizer Rechtsordnung und Verfassung infrage, darunter Informations- und Wissenschaftsfreiheit, die informierte Einwilligung in medizinische Behandlungen, die unverfälschte Willensbildung der staatlichen Gewalten und die Gewaltenteilung. Der Grundrechtsschutz in Pandemiezeiten wird geschwächt, da faktisch gilt: «Die WHO hat immer recht.».

Zudem fehlen in der IGV-Revision Regelungen zur Verantwortlichkeit von WHO-Funktionären und wirksame Bestimmungen gegen missbräuchliche Einflussnahme privater oder staatlicher Akteure auf WHO-Kommunikation und Entscheidungen.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Haltung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und des Bundesrats, dass für die IGV-Änderungen keinerlei Gesetzesänderungen notwendig seien?
2. Der Bundesrat hat beschlossen, zu den Anpassungen der IGV eine Vernehmlassung durchzuführen. Wurde der Kanton Solothurn dazu eingeladen? Falls ja, erwägt der Regierungsrat eine Stellungnahme?
3. Welche Risiken sieht der Regierungsrat in der verpflichtenden Verwendung ausschliesslich WHO-genehmigter Informationen im Pandemiemanagement?
4. Wie verträgt sich die geplante Verpflichtung der Kantone, Infrastruktur und Kapazitäten massiv auszubauen, mit den bestehenden finanziellen Rahmenbedingungen?
5. Welche finanziellen Auswirkungen erwartet der Regierungsrat aufgrund der Verpflichtung der Kantone, von der WHO vorgeschriebene Produkte zu beschaffen?
6. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die IGV-Revision die Gewaltenteilung in der Schweiz ausreichend respektiert?
7. Welche Garantien sieht der Regierungsrat, dass die WHO-Vorgaben nicht zu Fehlentscheidungen mit negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung führen?
8. Wie will der Regierungsrat sicherstellen, dass die Grundrechte der Bürger und Bürgerinnen in Pandemien weiterhin geschützt bleiben?
9. Hält der Regierungsrat es für angemessen, dass die Schweiz derart tiefgreifende Änderungen akzeptiert, obwohl diese weder kantonale noch national breit abgestützt sind?
10. Befürwortet der Regierungsrat, die IGV-Revision der Volksabstimmung zu unterstellen?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Adrian Läng, 2. Markus Dick, 3. Christine Rütli, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Beat Künzli, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (16)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 047/2025 (BJD)

Interpellation Fraktionsübergreifend: Förderung der Biodiversität auf kantonalen Flächen (29.01.2025)

Gemäss der Solothurner Strategie Natur und Landschaft 2030+ aus dem Jahr 2018 (RRB 2018/1906) soll die Bewirtschaftung von kantonalen und kommunalen Flächen naturnah erfolgen und die Biodiversität fördern. Im entsprechenden Handlungsfeld 9 ist definiert, dass diese bei Neu- und Umbauten von kantonalen und kommunalen Flächen standardmässig zu implementieren ist. Mittelfristig sollen auch bestehende Verträge überprüft und angepasst werden. Leider zeigt sich bei diversen Neubauten, die nach dem Beschluss der Strategie fertiggestellt wurden (z.B. Kantonsschule Olten, Bürgerspital, etc.), dass die Bepflanzung in weiten Teilen nicht den selbstgesetzten Ansprüchen genügt. Die Bepflanzung trägt nicht zur Biodiversität bei, ist nicht heimisch und oftmals auch in der Bewirtschaftung aufwändiger und kostenintensiver als eine Begrünung gemäss den definierten Vorgaben.

Darum möchten wir den Regierungsrat bitten, zu den folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Hat das Hochbauamt Kenntnis von Projekten, bei denen die eigene Strategie im Handlungsfeld 9 nicht oder nur unvollständig umgesetzt wurde? Um welche Projekte handelt es sich?
2. Welche Massnahmen werden ergriffen, um Anpassungen in der Bepflanzung vorzunehmen, damit die Vorgaben nachträglich umgesetzt werden können?
3. Wie stellt das Hochbauamt bei laufenden Neu- oder Umbauprojekten sicher, dass die Strategie vollumfänglich umgesetzt wird?
4. Welche Vorgaben werden an die Bauherrschaft gestellt, um die Umsetzung der Strategie sicherzustellen?
5. Findet im Prozess der Umsetzung der Strategie Natur und Landschaft auch eine Effizienzanalyse statt, um den Aufwand für die Bewirtschaftung und Pflege bereits in der Bauphase Rechnung zu tragen?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Anna Engeler, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Heinz Flück, Melina Aletti, Samuel Beer, Janine Eggs, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Christian Ginsig, Simon Gomm, Michael Grimbichler, Philipp Heri, Urs Huber, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Pierino Menna, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Matthias Racine, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Benjamin von Däniken, Jonas Walther, André Wyss (32)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

I 0067/2025 (DDI)

Interpellation Barbara Leibundgut (FDP.Die Liberaten, Bettlach): Sind die Aufgabenzuteilungen beim schulärztlichen Dienst noch zeitgemäss? (12.03.2025)

Es wird immer schwieriger für die Gemeinden, Schulärzte und Schulärztinnen zu rekrutieren. Einerseits wird von Schulärzten und Schulärztinnen moniert, dass im Falle einer Epidemie ohnehin die Kantonsärztin Anweisungen erteilt, andererseits sind sie nicht bereit, die Arbeit ihrer Berufskollegen und -kolleginnen zu beaufsichtigen. Beim Beispiel Impfberatung wird sichtbar, wie sinnlos die jetzt gültige Regelung ist, müssen doch die Schulärzte und Schulärztinnen überwachen, ob die Impfungen vorgenommen und die Impfinformation erfüllt worden sind. Im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht sind alle Ärzte und Ärztinnen verpflichtet, die Erziehungsberechtigten gründlich zu informieren, auch in Bezug auf die Impfungen. In der Schweiz besteht kein Impfwang. Die El-

tern/Erziehungsberechtigten sind frei in der Entscheidung, ob sie ihre Kinder impfen lassen wollen oder nicht. Da nützt auch eine Kontrolle der Informationsausübung nichts.

Die Regierung wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Können wir als Gesellschaft es uns im Hinblick auf den Fachkräftemangel noch leisten, Ärzte und Ärztinnen mit Kontrollaufgaben wie beispielsweise Impfkartenkontrolle zu belasten?
2. Sind aus der Covid-Pandemie Lehren bezüglich Schularztdienst gezogen worden? Wenn ja, welche?
3. Ist es noch zeitgemäss, dass die Schulärzte und -ärztinnen epidemiologische Empfehlungen abgeben sollen oder müsste das Vorgehen angepasst und diese Aufgabe der Kantonsärztin oder dem Kantonsarzt zugewiesen werden.
4. Könnte sich die Regierung einen Ablauf vorstellen, bei welchem die Kantonsärztin resp. der Kantonsarzt direkt mit den Gemeindepräsidien oder den Schulleitungen kommuniziert und Anleitungen im Epidemie-/Pandemiefall gibt?
5. Braucht es gesetzliche Anpassungen, um die Schulärzte und Schulärztinnen von der Kontrollpflicht gegenüber ihren Berufskollegen und -kolleginnen zu entlassen?
6. Können einzelne Aufgaben den Schulverwaltungen übertragen werden?

Begründung 12.03.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Barbara Leibundgut, 2. Michael Kummli, 3. Georg Lindemann, Freddy Kreuchi, Manuela Misteli, Sabrina Weisskopf, Hansueli Wyss (7)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

XI. Kleine Anfragen

K 034/2025 (BJD)

Kleine Anfrage Thomas Wenger (SVP, Gerlafingen): Bekämpfung von invasiven Neophyten (29.01.2025)

Mit dem Regierungsratsbeschluss Nr. 2013/436 vom 12. März 2013 wurde die Strategie zur Eindämmung und Bekämpfung von invasiven Neophyten verabschiedet.

Der Kanton Solothurn geht mit invasiven Neophyten (gebietsfremde Pflanzen, die Gesundheits- oder Infrastrukturschäden verursachen oder einheimische Arten verdrängen) pragmatisch um. Ein geographisches Informationssystem als Monitoring Instrument ermöglicht es, die Ausbreitung dieser Pflanzen zu dokumentieren. Mit gezielten Bekämpfungsmassnahmen wird eingegriffen, wenn die Gesundheit der Bevölkerung, die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft, die Nachhaltigkeit der Waldwirtschaft, die Funktion der Infrastruktur, Behinderung der Abflusskapazität von Gewässern oder die natürliche Artenvielfalt bedroht sind.

In der Übersicht «Bekämpfungsziele und Prioritäten von wichtigen invasiven Neophyten» sind unter anderem auch Bahntrassen und -böschungen erwähnt.

Die SBB hat im Thurgau 2024 folgendes beschlossen: «Aus Spargründen wurde beschlossen, dass verschiedene SBB-Strecken 2024 nicht gemulcht oder gemäht werden, und auch keinerlei Neophyten-Bekämpfung stattfindet».

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wurde die Bekämpfung der invasiven Neophyten im Kanton Solothurn ordnungsgemäss durch die SBB ausgeführt?
2. Wurde die Bekämpfung der invasiven Neophyten im Kanton Solothurn ordnungsgemäss durch die BLS ausgeführt?
3. Wurde die Bekämpfung der invasiven Neophyten durch die Privatbahnen im Kanton ordnungsgemäss ausgeführt?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Thomas Wenger, 2. Werner Ruchti, 3. Beat Künzli, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Markus Dick, Tobias Fischer, Kevin Kunz, Jennifer Rohr, Christine Rütli, Thomas von Arx (12)

Stellungnahme RR: 22.04.2025 (schriftlich)

K 042/2025 (DDI)

Kleine Anfrage Janine Eggs (Grüne, Dornach): Sind die Institutionen im Kanton Solothurn ausreichend geschult zum Thema Stalkerware bei häuslicher Gewalt? (29.01.2025)

Häusliche Gewalt passiert nicht nur in einzelnen Fällen, sondern es ist ein umfassenderes Problem. Allein im Jahr 2024 haben 8044 Frauen häusliche Gewalt erlitten – die Dunkelziffer dürfte um einiges höher sein. Im letzten Jahr kam es zu 42 versuchten Tötungen und 20 Frauen haben durch häusliche Gewalt ihr Leben verloren. Dabei passieren Tötungen von Frauen – sogenannte Femizide – oft nicht unvorhersehbar; in 42 % der Fälle war das Paar der Polizei wegen häuslicher Gewalt bereits bekannt.

Mit der Digitalisierung verändert sich auch die häusliche Gewalt; Stalkerware bezeichnet die digitale Überwachung und diese wird ein zunehmendes Problem. Das bedeutet, dass eine Person durch Tracking-Apps, die auf dem Handy installiert werden, überwacht und kontrolliert wird. Solche Apps erlauben es, Nachrichten zu lesen, Bilder anzuschauen, Browserverläufe und Soziale-Medien-Konten anzusehen, den Live-Standort abzurufen oder mit der Handykamera Bilder zu machen. Und das alles, ohne dass das Opfer etwas davon merkt. Neben Stalkerware-Apps werden auch Minikameras

und Tracking-Geräte immer verbreiteter. Stalkerware ist ein grober Eingriff in das Leben eines anderen Menschen und kann ein erster Schritt oder ein beständiger Teil der häuslichen Gewalt sein. Dies legt auch der Forschungsbericht «Gewalt im Internet gegen Frauen und Mädchen» (Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen, 2017) dar. Darin heisst es, dass sieben von zehn Frauen, die Opfer von Cyber-Stalking wurden, auch mindestens eine Form psychischer und/oder sexueller Gewalt erlebt haben und dass die Tatperson meist der aktuelle oder ehemalige Partner ist. Stalkerware ist eine Form von Gewalt und das kontrollierende Verhalten kann zu weiteren Gewalteskalationen führen. Deshalb ist es wichtig, die von Stalkerware betroffenen Personen zu sensibilisieren und zu unterstützen und ausübende Personen dazu zu bringen, ihr Verhalten zu ändern.

Dazu bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sind Fälle von Stalkerware im Kanton Solothurn bekannt? Werden jetzt oder künftig quantitative und qualitative Daten zu Stalkerware erhoben?
2. Gibt es im Kanton Solothurn Fachpersonal, das die von Stalkerware Betroffenen unterstützen und sowohl Opfer- als auch Täterarbeit anbieten kann?
3. Besteht bei Mitarbeitenden in Justiz, Polizei und bei Opferhilfestellen ausreichend Kapazität und Wissen, um Stalkerware zu identifizieren? Falls nein: werden Aus- und Weiterbildungen angeboten resp. besucht?
4. Aufklärung, Sensibilisierung, Beratung und Unterstützung sind wichtige Mittel gegen Stalkerware und gegen häusliche Gewalt. Stehen ausreichend personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung?
5. Gibt es hindernde Gesetzgebung und Regulierungen, die die Erkennung und Verhinderung von Stalkerware erschweren?
6. Welche Massnahmen sieht die Regierung vor, um Personen vor Stalkerware zu schützen?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Janine Eggs (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 044/2025 (BJD)

Kleine Anfrage Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Winterdienst auf Fuss- und Velowegen (29.01.2025)

Gemäss dem kantonalen Strassengesetz 725.11 sind grundsätzlich die Gemeinden für den Winterdienst auf Velo- und Gehwegen zuständig. Namentlich sind die Gemeinden zur Schneeräumung und Glatteisbekämpfung verpflichtet. Der Kanton ist für den Winterdienst der Fahrbahnen von Kantonsstrassen zuständig.

Im Winter 2024/2025 fiel einige Male bereits Schnee, welcher auch liegen blieb. Die Fahrbahnen für den motorisierten Strassenverkehr wurden dabei jeweils zuverlässig geräumt. Velo- und Fusswege blieben teilweise tagelang unbrauchbar. Teilweise wurde Schnee von der Fahrbahn auf die Velostreifen am Rand der Fahrbahn geschoben, vorgesehene Wechsel von Velowegen von der Fahrbahn auf den Gehsteig oder separate Velowege wurden nicht geräumt. Zugänge von Trottoirs zu Zebrastrifen wurden nicht überall barrierefrei begehbar gemacht. Als Folge davon weichen Velofahrende, aber auch Menschen, welche im Rollstuhl oder mit dem Rollator unterwegs sind, auf die Fahrbahn aus oder blieben auf dem Trottoir. Sowohl auf der Fahrbahn als auch auf Trottoirs sind mögliche Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmenden (motorisierter Individualverkehr [MIV], Zufussgehende) absehbar. Für Menschen im Rollstuhl, mit einer Gehbehinderung oder auch Menschen mit einer Sehbehinderung, die mit dem Weissen Stock Orientierung suchen, sind die schneebedeckten Fussgängerzonen unüberwindbare Hindernisse.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie überprüft der Kanton, ob die Gemeinden ihre Pflicht gemäss § 21, 3 Pflicht zur Schneeräumung und Glatteisbekämpfung auf Fuss- und Velowegen einhalten?
2. Mit welchen Konsequenzen haben Gemeinden zu rechnen, welche der Pflicht zur Schneeräumung und Glatteisbekämpfung auf Fuss- und Velowegen (§ 21,1 Strassengesetz) nicht nachkommen?
3. Gibt es auch Geh- und Velowege, auf welchen der Kanton für die Schneeräumung und Glatteisbekämpfung ausführt? Wenn ja: Wo liegen diese und wieso werden die Arbeiten dort nicht durch die Gemeinden ausgeführt?
4. Wer ist zuständig für die Schneeräumung und Glatteisbekämpfung von Übergängen für Zufussgehende und Wechsel von Velowegen auf separate Velowege beziehungsweise Trottoirs von und ab der Fahrbahn?
5. Wer ist zuständig für die Räumung von Velowegen, welche sich auf der Fahrbahn von Kantonsstrassen befinden?
6. Wer ist zuständig, dass die Bushaltestellen geräumt und damit der Zugang für Menschen mit Rollstuhl oder Rollator wie auch mit Kinderwagen sichergestellt ist?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. John Steggerda, 3. Rebekka Matter-Linder, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke (9)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 045/2025 (DBK)

Kleine Anfrage Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Reduktion der Lektionendotation bei MINT-Fächern und in der Unterrichtssprache (Deutsch) an den Kantonsschulen im Rahmen der WEGM (29.01.2025)

Im Rahmen der Konsultation der neuen Stundentafel ist zu lesen, dass sowohl im Fach Deutsch als auch in den Fächern Mathematik und Physik eine Reduktion der Lektionen-dotation im Umfang von mehreren Lektionen geplant ist, während die meisten anderen Fachbereiche nicht angetastet werden. Zwar findet eine kleine Aufwertung im Fach Informatik statt, was aber den genannten Abbau in keiner Weise kompensieren kann. Dies erstaunt, da die Studierfähigkeit unserer Maturanden und Maturandinnen gerade im Bereich der MINT-Fächer gesteigert werden sollte und die deutsche Sprache neben Englisch in der Deutschschweiz eine zentrale Bedeutung im Sprachverständnis, in der Ausdrucksfähigkeit und der Kommunikation hat. Im DBK-aktuell, Ausgabe 7/24 ist im Editorial unter anderem zu lesen: «Unser gemeinsames Ziel ist es, die nächste Generation von Ingenieurinnen, Programmierern, Mathematikerinnen und so weiter auf die anspruchsvolle Arbeitswelt von morgen vorzubereiten. ... Mit einer fundierten schulischen Vorbereitung insbesondere in den MINT-Bereichen legen wir den Grundstein dafür, dass unsere Schulabgängerinnen und Schulabgänger anspruchsvolle Berufe in der Industrie ergreifen können.»

Der Lektionenabbau in den genannten Fächern steht in direktem Widerspruch zu dieser Aussage. Es sollte zwecks Verbesserung der Vorbereitung auf die Arbeitswelt eher ein Aufbau angestrebt werden.

In diesem Sinne bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum werden in den genannten Fächern Lektionen gekürzt, während andere Fachbereiche als «heilige Kühe» nicht angetastet werden?
2. Wie erklärt der Regierungsrat diesen oben erwähnten, offensichtlichen Widerspruch?
3. Sind aufgrund der Konsultationsergebnisse Änderungen zu erwarten, indem dieser erwähnte Lektionenabbau korrigiert wird?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Andrea Meppiel, 3. Christine Rütli, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (19)

Stellungnahme RR: 25.03.2025 (schriftlich)

K 0060/2025 (DBK)

Kleine Anfrage Daniel Cartier (FDP.Die Liberalen, Gretzenbach): Jugendsession – Möglichkeit für Feiertage anderer Religionen während der beruflichen Ausbildung (11.03.2025)

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Gibt es heute schon gesetzliche Möglichkeiten, dass sich Leute, welche in der beruflichen Ausbildung sind, an hohen Feiertagen anderer Religionen während der Arbeitszeit dispensieren lassen können?
2. Wäre es vorstellbar, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, welche solche Dispensationen an bestimmten Feiertagen ermöglicht?

Begründung 11.03.2025: schriftlich.

An hohen christlichen Feiertagen wird nicht gearbeitet, damit sich die Leute den religiösen Aktivitäten widmen können. Aus historischen Gründen gilt dies nicht für Feiertage anderer Religionen. Angehörige anderer Religionen können sich deshalb an diesen Tagen teilweise nur schwieriger ihrer Religion widmen.

Üblicherweise ist dieses Problem lösbar: Für Angestellte besteht die Möglichkeit, sich einen Ferientag zu nehmen. Volksschüler können dafür einen Jokertag beziehen.

Leute hingegen, welche sich in der beruflichen Ausbildung befinden, haben dazu keine Möglichkeit, wenn der Feiertag nicht während der Schulferien ist.

Unterschriften: 1. Daniel Cartier (1)

Stellungnahme RR: 22.04.2025 (schriftlich)

K 0061/2025 (BJD)

Kleine Anfrage Karin Kälin (SP, Rodersdorf): Nutzung Windenergie im Überwachungssperimeter des Primärradars des EuroAirports Basel Mulhouse Freiburg (12.03.2025)

Der rasche Ausbau der Windenergie ist für die Erreichung der Klimaziele sowie für die Energieversorgungssicherheit von grosser Bedeutung. Windkraft produziert zwei Drittel der Energie im Winter und ergänzt Solarenergie ideal. Windenergieanlagen (WEA) in unmittelbarer Nähe zu Flughäfen können jedoch den Betrieb deren Primärradarsystem beeinträchtigen, da die grossen, sich drehenden Rotorblätter Radarwellen reflektieren und so Fehlechos erzeugen. Um zu verhindern, dass dadurch die Flugkontrolle gestört wird, wurden zunächst Anlagenschutzbereiche rund um Flughäfen eingerichtet. Innerhalb dieser Bereiche ist die Errichtung von WEA eingeschränkt oder gar unzulässig. Dies trifft auch auf den Überwachungssperimeter des Primärradars des EuroAirports zu. Gleich mehrere bereits ausgewiesene Windgebiete in den Kantonen Basel-Landschaft, Jura und Solothurn wie auch Eignungsgebiete in Frankreich und Deutschland sind davon betroffen. Moderne Radaranlagen wären heute jedoch in der Lage, solche Fehlechos sicher und zuverlässig zu erkennen und herauszufiltern und durch gezieltere Peilung der Flugobjekte gar nicht erst zu erzeugen. So konnten durch die Erneuerung des Primärradars auf dem Flughafen Genf im Jahr 2017 zahlreiche Gebiete im Kanton Waadt für die Windenergienutzung freigegeben werden. Auch ausserhalb der

Schweiz gibt es heute zahlreiche Flughäfen in unmittelbarer Nähe zu Windparks wie beispielsweise Liverpool (Frodsham), Amsterdam (Jap Rodenburg II), Kopenhagen (Lillgrund) oder Berlin Brandenburg (Spreeau). Für die Flugsicherung am EuroAirport und somit auch für die dazu nötige Infrastruktur sind gemäss Staatsvertrag die französischen Behörden zuständig. Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine möglichst zeitnahe Modernisierung der Primärradaranlage des EuroAirports einzusetzen. Dies in den dafür geeigneten Gremien und Behörden, wie zum Beispiel beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL), der Direction Générale de l'Aviation Civile (DGAC) bzw. der Direction des Services de la Navigation Aérienne (DSNA), im Verwaltungsrat des EuroAirport.

Dieser Vorstoss wurde auch in Basel-Stadt und Basel-Landschaft eingereicht.

Der Regierungsrat sei gebeten, wie folgt zu prüfen und zu berichten:

1. Steht die baldige Modernisierung des Primärradars des EuroAirports an?
2. Wie könnten die Nordwestschweizer Kantone eine raschere Modernisierung des Primärradars vorantreiben?
3. Was würde eine entsprechende Modernisierung des Primärradars kosten und wie schnell könnte ein solches Projekt umgesetzt werden?
4. Bisher wurden Freigaben von WEA im Überwachungssperimeter nur auf Antrag per Einzelfallprüfung erteilt. Könnte dieser Prozess durch eine systematische Analyse des gesamten Perimeters vereinfacht werden?
5. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Nutzung der Windenergie im Primärradar-Perimeter zu vereinfachen und begünstigen?
6. Gemäss der vom Bundesamt für Energie (BFE) in Auftrag gegebenen Windpotential-Studie¹, beträgt das Windpotential im Kanton Solothurn rund 950 GWh/a. Wieviel davon ist heute von Einschränkungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des Primärradars des EuroAirports betroffen?

Begründung 12.03.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Karin Kälin, 2. Matthias Anderegg, 3. Simon Gomm, Markus Ammann, Remo Bill, Simon Esslinger, Urs Huber, Matthias Racine, John Steggerda, Mathias Stricker, Nicole Wyss (11)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 0068/2025 (BJD)

Kleine Anfrage Thomas Lüthi (glp, Hägendorf): Finanzierung Plocher-Produkte (12.03.2025)

Beim Sanierungsprojekt des Bellacher Weihers wurden laut Medienberichten und Schlussbericht sogenannte Plocher-Produkte eingesetzt. Das Amt für Umwelt und das Amt für Raumplanung werden im Schlussbericht zusammen mit Anderen als Finanzierung genannt.

Der Bundesrat schrieb 2010 zu diesen Produkten:

«Produkte der Firma Plocher basieren auf der Idee einer «Informationsübertragung». Dabei wird ein Trägermaterial, in der Regel Gesteinsmehl, mittels eines von der Firma entwickelten Apparats mit «Energiestrahlen» bestrahlt. Das Trägermaterial wird auf diese Weise mit «Sauerstoffinformation» beladen. In Böden, Güllegruben oder Gewässern geben dann Plocher-Produkte diese Information wieder ab und verhindern z. B. Fäulnisprozesse. Details zum Produktionsverfahren fallen unter das Geschäftsgeheimnis und sind weder wissenschaftlich publiziert noch patentiert. Die Wirkungsweise der Plocher-Produkte liegt ausserhalb des heutigen naturwissenschaftlichen Verständnisses,....».

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie steht der Kanton Solothurn zum Einsatz von Produkten im Gewässerschutz, deren Wirksam-

- keit keiner wissenschaftlichen Untersuchung standhalten?
2. Wurden Beiträge des Kantons direkt oder indirekt für den Einsatz der Plocher-Produkte verwendet?
 3. Wurden Personalstunden, Laborkosten oder andere Arten von Dienstleistungen von Seiten Kanton im Zusammenhang mit dem Einsatz oder der Wirksamkeit der Plocher-Produkte erbracht?

Begründung 12.03.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Thomas Lüthi (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Mitteilungen

Mutationen im Mitgliederverzeichnis

Fraktionssitzungen:

FDP/GLP:	Donnerstag, 1. Mai 2025
Grüne:	Dienstag, 29. April 2025
Mitte-Fraktion:	Donnerstag, 1. Mai 2025
SP/Junge SP:	Mittwoch, 30. April 2025
SVP:	Mittwoch, 30. April 2025

Ratsleitung

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt.

Stimmenzähler/innen

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Ständige Kommissionen**Finanzkommission**

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Geschäftsprüfungskommission

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Justizkommission

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Bildungs- und Kulturkommission

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Sozial- und Gesundheitskommission

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Redaktionskommission

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Spezialkommissionen**«Digitalisierung Kantonsrat»**

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Interparlamentarische Gremien**Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK)**

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Polizeischule Hitzkirch (IPK Hitzkirch)

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW)

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt

Oberrheinrat

Die Wahlen finden anlässlich der konstituierenden Session statt